Die neuen Männer!

Kundgebung der Reichskanzlei.

Berlin, 13. März. Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den Mitunterzeichneten, Generallandschaftsdirektor Kapp, Königsberg in Preußen, als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsident übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr von Lüttwitz berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr von Lüttwitz, General der Infanterie.
Kapp, Generallandschaftsdirektor.

v. Jagow, Minister des Innern.

Tu. Berlin, 13. März. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Kapp findet in den Mittagsstunden eine Sitzung statt, in der über die Konstituierung des neuen Kabinetts Beschluß gefaßt werden soll. Wie die Tu. erfährt, ist zum Minister des Innern der frühere Berliner Polizeipräsident von Jagow ausersehen, der sich bereits zur Annahme des Postens bereit erklärt haben soll. Im Laufe des heutigen Vormittags haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, unter anderem die des Preßchefs der bisherigen Regierung Ulrich Rausche.

Sie wollen nur der Demokratie zum Siege verhelfen!

Der durch militärischen Putsch zum Reichskanzler erkorene erläßt folgende

Kundgebung!

Das Mandat der Nationalversammlung zum Erlaß einer Verfassung und zum Abschluß des Friedens ist erloschen. Es fehlt ihr jedes moralische Recht zur Weitertagung. Ihr Versuch, die Wahlen hinauszuschieben und dadurch ihr Mandat zu verlängern, widerspricht den Volkswillen. Die eben beschlossene Verfassung wird willkürlich von ihr wie ein Fetzen Papier behandelt. Schon will die Mehrheit eine Wahl des Reichspräsidenten nicht durch die Gesamtheit des Volkes, sondern durch das Parlament vornehmen. Die Nationalversammlung jagt hiermit aufgelöst. Sobald die innere Ordnung wieder hergestellt ist, werden wir zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren und Neuwahlen ausschreiben.

Der Reichskanzler.
(gez.) Kapp.

Die wollen keine Reaktion und keine Monarchie?(!)

Bezeichnenderweise haben die neuen Männer das Bedürfnis, die Bevölkerung über ihre wahren Absichten möglichst im Ungewissen zu lassen. So darf wohl auch das nachfolgende Verzichtungsdeklegramm mit der notwendigen Kritik gelesen werden:

Berlin, 13. März. Die heute früh zu einer Pressekonferenz eingeladenen Zeitungsvertreter wurden von Reichsanwalt Bredereck empfangen und über die Bedeutung der bekannten Vorgänge dahin unterrichtet, daß die alte Regierung nicht mehr da sei und eine neue an ihre Stelle trete. Die neue Regierung sei nicht reaktionär, sondern eine Regierung der verfassungsmäßigen und freiheitlichen Tat, die reinerlei Reaktion und keine Monarchie wolle. Ein Uebergangsstadium sei natürlich notwendig, bis die Neuwahlen eingeleitet seien. Das Kabinett sei in der Bildung begriffen.

Die sozialdemokratischen Zeitungen verboten!

Berlin, 13. März. In den Vormittagsstunden sind die wichtigsten öffentlichen Gebäude von Sicherheitswehr besetzt worden. Auch das Geschäftshaus des „W. T. B." hat eine Wache erhalten. Der „Vorwärts" und die „Freiheit" sind verboten worden.

In Berlin alles ruhig.

w. Berlin, 13. März, nachmittags. In Berlin ist alles ruhig. Die Straßen zeigen fast das gewohnte Bild. Nur Unter den Linden und im Regierungsviertel macht sich ein stärkerer Verkehr bemerkbar. Die Regierungsgebäude sind von Truppen besetzt, ebenso sieht man Soldaten auf dem Wilhelmsplatz, die dort hinwirken. Eisenbahn-, Straßenbahn- und Hochbahnverkehr sind in keiner Weise gestört.

Genosse Eugen Ernst bleibt Polizeipräsident?

Berlin, 13. März. Freiherr von Lüttwitz hat heute vormittag den Kommandeur der Sicherheitspolizei Oberst von Schönstadt und den Oberst Ahrens vom Kommando der Sicherheitspolizei beauftragt, den Polizeipräsidenten Eugen Ernst zu bitten, auf seinem Posten zu verbleiben, damit keine neuen Unruhen entstehen. Das gleiche Ansuchen richtete auch Geheimrat Heye, der zum Unterstaatssekretär ernannt worden ist, an den Leiter der Behörden. Der Polizeipräsident erwiderte, daß er im Interesse des Vaterlandes vorläufig auf seinem Posten ausharren wolle und alles tun werde, was in seiner Kraft stehe, um einen Bürgerkrieg und damit erneutes Blutvergießen zu vermeiden. Eine endgültige Antwort könne er erst nach Rücksprache mit seinen Parteifreunden geben.

Amnestie für die Umstürzler.

Die von der Marinebrigade Ehrhardt der Regierung gestellte Forderung lautet: Ersatz der Nichtfachminister durch Fachminister. Wiedereinsetzung des Generals Lüttwitz in seine Kommandobefugnisse und Amnestie für alle in der Angelegenheit verfolgten Personen, wie Hauptmann Pabst u. a. Von einem Rücktritt Eberts als Präsidenten war (noch? Die Red.) keine Rede.

Kapp löst auch die preußische Landesversammlung auf.

Kundgebung.

Die preußische Landesversammlung wird in Anbetracht der veränderten politischen Lage aufgelöst.

Der preußische Ministerpräsident.
Kapp.

An die Bevölkerung!

Der Militärbefehlshaber des Sicherungsabschnittes Braunschweig erläßt folgende Bekanntmachung:

In Berlin vollziehen sich politische Ereignisse, deren Tragweite und Wirkung nicht zu übersehen sind.

Als Befehlshaber der vollziehenden Gewalt im Bereich der Reichswehr-Brigade 10 sehe ich im Interesse des Vaterlandes meine einzige Aufgabe darin, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Das wird allein die Richtlinie meines Handelns sein.

Hierzu bleiben alle auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 getroffenen Anordnungen in Kraft. Ich ersuche alle Regierungs- und Verwaltungsbehörden, ihre Arbeit fortzusetzen, und rechne auf die Unterstützung aller ordnungsliebenden Kreise der Bevölkerung. Ich werde mich mit meiner Person und meiner ganzen Machtbefugnis im Zusammenarbeiten mit dem Regierungskommissar dafür einsetzen, daß die dem deutschen Staatsbürger zugebilligten Rechte unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben.

Der Regierungskommissar.
gez.: v. Richter, Oberpräsident.

Der Militärbefehlshaber.
gez.: v. Hülsen, Generalleutnant.

Dieser Aufruf ist mehr als rätselhaft. Für uns Sozialdemokraten ist er keine Bedeutung. Für uns gilt nur der Generalstreikaufruf unserer Parteileitung. Sowohl der Herr Zivil-, wie der Herr Militärbefehlshaber von Hannover genießen bei uns nicht das Vertrauen, daß wir ihnen Aufruf folgen könnten.

Erfolglose Verhandlungen.

Ueber den Verlauf des Putsches gingen noch folgende Nachrichten ein:

Berlin, 13. März. Wie wir hören, hat General von Oberhausen im Laufe der Nacht mit der Marinebrigade Ehrhardt verhandelt. Die von der Brigade gestellten Forderungen wurden in der Nacht vom Kabinett, das bis gegen den frühen Morgen tagte, beraten. Die Forderungen wurden abgelehnt. Die Truppen sind in Berlin eingerückt und hatten um 6 Uhr früh die Wilhelmstraße besetzt. Zu Gewalttätigkeiten scheint es bisher nicht gekommen zu sein. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands proklamiert den Generalstreik.

Berlin, 13. März. Die in Döberitz konzentrierten Truppen, darunter die beiden Marinebrigaden Ehrhardt und Löwenfeld, sind nach Berlin vorgerückt und standen um 5 Uhr früh am Bahnhof Tiergarten.

Achtung! Achtung!

Genossinnen und Genossen!

Am Montag abend, pünktlich 7.30 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Balhorns Vierausschank.

Alle erscheinen!

Sie rechnen auf die Einwohnerwehren.

w. Berlin, 13. März. (Amtlich.) Die Reichsstelle für Einwohnerwehren erläßt folgenden Aufruf:

An die Einwohnerwehren Deutschlands! Die Wiederherstellung einer ordnungsmäßigen Regierung stellt die deutschen Einwohnerwehren vor neue schwere Aufgaben. Jetzt muß sich erweisen, ob die Einwohnerwehren die Hoffnung Deutschlands erfüllen und unter allen Umständen die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Gegründet zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zum Schutze des niederbrochenen Vaterlandes stellen sie sich mit ganzer Kraft hinter den Mehrheitswillen (?) des deutschen Volkes. Die neue Regierung der Arbeit (!) hat nach der Flucht der Reichsregierung (?!) die Geschäfte Deutschlands einstweilen in die Hand genommen. Alle Parteien zur Mitarbeit aufgefordert und sich verpflichtet, in kürzester Frist Neuwahlen anzuordnen. Bis zur Entscheidung des Volkes bewaffnen sich sämtliche Einwohnerwehren zum Schutze von Ruhe und Ordnung, zur Verteidigung von Heim und Herd gegen Unruhestifter und Verbrecherium. (!) Die Stunde fordert von jedem Deutschen, welcher Partei er auch sei, in treuer Pflichterfüllung für die Verhinderung des Bürgerkrieges sich einzusetzen.

Wohl wie ist mit bodenloserer Frechheit gelogen worden, als in diesem Aufruf. Dem Proletariat sagt er das eine: Die Reaktion rechnet auf die Hilfe der Einwohnerwehren, seid wach, Arbeiter!

Beginn des Generalstreiks.

w. Hamburg, 13. März. Die Arbeiter der Hamburger Werften haben mit dem Bureaupersonal die Arbeit eingestellt. Der Abzug geschah in völliger Ruhe. Für den Nachmittag sind Versammlungen anberaumt, wo die Lage besprochen werden soll.

w. Wadenburg, 13. März. Die gesamte Bergarbeiterschaft ist in den Generalstreik getreten.

Frankfurt a. M., 13. März. In Frankfurt herrscht der Generalstreik. Die Arbeiter durchziehen in Massendemonstrationszügen die Stadt.

Der Belagerungszustand.

w. Berlin, 13. März. Der Reichswehrminister Freiherr von Lüttwitz erläßt folgende Verordnungen:

Ich übernehme persönlich die ausübende Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg. Alle vom Reichswehrminister Noske auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar erlassenen Verfügungen bleiben in Kraft.

Der Reichswehrminister.
Freiherr von Lüttwitz, General der Infanterie.

Verordnung 2. Die Verordnung vom 13. Januar 1920, betreffend die Verhängung des Ausnahmezustandes, wird aufrecht erhalten und wird ausgedehnt auf die davon noch nicht betroffenen Teile des Reichsgebiets. Der über den Freistaat Sachsen bisher bestehende Belagerungszustand wird gleichzeitig aufgehoben. Die militärischen Befehlshaber der neu gebildeten Regierung unterstehenden Truppen werden mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt.

Der Militärbefehlshaber.
von Lüttwitz.

Verrat in Hamburg.

w. Hamburg, 13. März. Der Garnisonälteste in Altona, Freiherr von Wangenheim, erläßt eine Bekanntmachung, in der er die in der Reichsregierung vollzogenen Veränderungen bekannt gibt und erklärt, die vollziehende Gewalt über das Gebiet von Groß-Hamburg und Umgebung zu übernehmen.

Schiffer in Schutzhaft.

w. Berlin, 13. März. Reichsjustizminister Schiffer ist in Schutzhaft genommen worden.

Aufhebung der Preßfreiheit.

w. Berlin, 13. März. Das Erscheinen der Abendblätter ist verboten worden. Zugelassen werden nur Flugblätter mit den Kundgebungen der neuen Regierung.

Kappscher Quatsch.

w. Berlin, 13. März. Die Reichskanzlei teilt mit:

In dem Augenblick, in dem die neue Regierung ihr schweres Amt übernimmt, gedenkt sie mit besonderer Anteilnahme der deutschen Volksgenossen in den Abstimmungsgebieten. Sie versichert sie ihrer tatkräftigen Fürsorge und Unterstützung und erwartet, daß die Schleswiger am morgigen Tage geschlossen ihr Bekenntnis zum deutschen Vaterlande ablegen werden. Treue um Treue! Lasse sich niemand durch Versuchen und Gerüchte von der Wahl abhalten! Die neue Regierung will nichts weniger als Reaktion. (?) Sie will dem Volkswillen, dem sich die bisherige Regierung durch Verlängerung des Mandats der Nationalversammlung zu entziehen versuchte, zu seinem Recht verhelfen. Sie ist eine Regierung der Freiheit, (?), der Ordnung und des Aufbaues.

Reichskanzler Kapp.

Der Kampf begann!

w. Frankfurt a. Main, 13. März. Ein Trupp Arbeiter, der sich gegen die Gutleut-Kaserne bewegte und den Befehlshaber der dortigen Truppen zu einer Erklärung seiner Stellungnahme veranlassen wollte, wurde von den Reichswehrtruppen nicht zugelassen. Als sich die Arbeiter weiter bewegen wollten, wurde von den Mannschaften der Reichswehrtruppen auf die Arbeiter geschossen. Es gab einen Toten und vier Schwerverletzte. Die Umgebung der Kaserne wurde von Reichswehrtruppen mit Stacheldraht abgesperrt.

Die Regierung verläßt Berlin.

Berlin, 13. März. Der „Lokalanzeiger" meldet, die Regierung habe sich von der Marinebrigade Ehrhardt gestellte Ultimatum, das früh 7 Uhr ablief, abgelehnt und Berlin, ohne ihre Aemter niederzulegen, im Auto verlassen. Die Brigade Ehrhardt hat, ohne Widerstand zu finden, mit schwarzweißroten Fahnen in Berlin eingerückt und habe das Regierungsviertel in weitem Umkreise streng abgesperrt.

Kleine Nachrichten.

Tu. meldet unter dem 13., nachmittags: Die Sicherheitswehr und die Reichswehr sind zu der neuen Regierung übergegangen. Die Zeitungen werden heute nicht erscheinen. Die „Freiheit" und der „Vorwärts" sind verboten. Man erwartet von links Gegenmaßnahmen und spricht von einem Generalstreik, der heute nachmittag 4 Uhr beginnen soll. Heute mittag setzte sich von der Reichskanzlei aus ein Zug der Marinebrigade in Bewegung, um die Brandenburger Torwache zu besetzen; die Soldaten wurden auf ihrem Marsch vom zahlreichen Publikum stürmisch begrüßt.

Ordnung und inneren Frieden.

Die „Deutsche Tageszeitung" forderte noch am Sonnabend früh auf, „Ruhig Blut" zu behalten. Wie schärfste Kritik dessen, was am selben Tage von ihr nahestehenden Kreisen verübt wurde, lesen sich diese Sätze:

„Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß Deutschland heute vor allem Ordnung und inneren Frieden gebraucht und daß politische Wünsche nur auf gesetzlichem Wege erstrebt werden dürfen. Damit ist unsere Stellung zu etwaigen gewaltsamen Absichten deutscher Truppenteile wie überhaupt von selbst gegeben."

Dann knüpft sie daran das Märchen von den einzusetzenden Fachministern. Da aber die jetzt beliebte militärisch-gewaltsame Durchführung dieser Aenderung den widersprechen Versprechen zur Gesetzlichkeit ins Gesicht schlägt, entschuldigt sie sich sofort damit, daß wir doch jetzt keine normalen Zustände hätten.

Hände weg von der Republik!

Der „Vorwärts" schreibt zu den Vorgängen u. a.:

„Die Organe der Deutschnationalen Volkspartei rücken mit einem häßlichen Ruck von den Verschwörern ab, die daraus ersehen können, daß es um ihre Sache schlecht bestellt ist. Denn hätten sie Erfolg, dann würden diese Organe jubeln. Es ist wahrscheinlich, daß ein großer Teil von ihnen es heute wirklich mit der Angst zu tun bekommen hat über die Dinge, die sie anrichteten. Denn daß sie durch ihre tolle Hetze gegen die Republik zu geistigen Inspiratoren der revolutionären Aufstandsversuche geworden sind, darüber kann kein Zweifel bestehen, zum Beweise dafür ist überreichliches Material vorhanden. Unter ihrer Führung hat das Volk fast alles verloren, was es besessen hat, jetzt sind sie daran, auch noch das Allerletzte, das ihm geblieben ist, in einem verbrecherischen Spiel zu verspielen. Sie haben alles dazu getan, um aus Deutschland ein zweites Ungarn zu machen. Mit ihnen gibt es kein Paktieren, sondern nur Kampf!

Mögen die Arbeiter gegen, daß der falsch spekuliert, der in entscheidenden Augenblicken auf ihre Uneinigkeit spekuliert. Die Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß es jetzt nur ein Ziel gibt, die Republik vor gewaltsamen Angriffen von rechts zu schützen. Wer glaubt, die Gelegenheit wahrnehmen zu können, um seine Sonderabsichten durchzusetzen, befindet sich in einem Irrtum, der für die Sache der Arbeiterschaft lebensgefährlich werden kann. Nur ein Wille muß alle Nerven spannen, nur ein Schrei muß aus den Reihen der arbeitenden Massen den uniformierten Verschwörern und Eidbrechern entgegentönen:

Hände weg von der Republik!"

Verantwortlich für die Redaktion Adolf Domnik, für die Inserate R. Kaempf. Druck und Verlag von H. Rieke & Co., sämtlich in Braunschweig.

STADTARCHIV BRAUNSCHWEIG
H XVI 6 Politische Plakate 1920 Nr. 1
(6)